

Dresdner Nachrichten

Geegründet 1856

Verlagsredaktion: Neudorfstr. 20, Dresden.
Telefon-Nr.: 25 241.
Preis für Abnehmer: 20 OLL.

Verlagsredaktion: Neudorfstr. 20, Dresden.
Telefon-Nr.: 25 241.
Preis für Abnehmer: 20 OLL.

Verlagsredaktion: Neudorfstr. 20, Dresden.
Telefon-Nr.: 25 241.
Preis für Abnehmer: 20 OLL.

Broddorf-Rankau über die deutsche Außenpolitik.

Ein vergrößertes Sachsen?

Die Frage der Bildung neuer deutscher Freistaaten ist in ein ruhigeres Stadium eingetreten. Die Begründung einer Reichsrepublik darf nach der in Weimar getroffenen Beratung von Abgeordneten der in Betracht kommenden Bezirke als abgetan gelten, von der Bewegung zur Schaffung einer Oberdeutschen Republik hört man ebenfalls nichts mehr, und der ganze Plan einer Aufteilung Preußens scheint endgültig fallen gelassen zu sein. Damit ist der Einheitsgedanke einen entscheidenden Obstieg zu verzeichnen, da die Abspaltungsbewegungen einen reichsfeindlichen Charakter anzunehmen begannen und ihr weiteres Fortschreiten den festen Zusammenhalt des neuen deutschen Volksstaates ernstlich bedroht hätten. Gleichzeitig ist aber durch diese Entwicklung auch das bundesstaatliche Prinzip gestärkt worden, da es dem tatkräftigen Eingreifen des Staatenscheidungsgerichtes gelungen ist, aus dem endgültigen Verfassungsentwurf für das Reich den § 11 anzunehmen, der auf die Verhinderung Preußens gemünzt war. In der Begründung erklärte der Entwurf des Herrn Dr. Preuß, daß der Fortbestand einer einheitslichen preussischen Republik von 40 Millionen Einwohnern innerhalb einer von ihr organisatorisch getrennten Reichsrepublik von 70 Millionen schlechterhin eine staatsrechtliche, politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit sei. Mittels einer Volksabstimmung sollte man die Verhinderung Preußens zu erreichen und hatte deshalb den § 11 formuliert, der lautet: „Wird sich die Bevölkerung eines Landestheils aus dem bisherigen Staatsverbande lösen, um sich mit einem oder mehreren anderen deutschen Freistaaten zu vereinigen, so behält es hierzu einer Volksabstimmung.“ Gegen diese Bestimmung machten die süddeutschen Staaten im bundesstaatlichen Interesse mobil, weil sie fürchteten, daß sie durch die Aufkündigung Preußens in seine Bestandteile das härteste Maß für das bundesstaatliche Prinzip verlieren und dann nicht mehr imstande sein würden, dem von Berlin ausgehenden unitarischen Zwange allein erfolgreich Widerstand zu leisten. Das geschlossene süddeutsche Aufstreben hat die Streichung des § 11 durchgesetzt, und es erhebt daher die Annahme begründet, daß die letzten Stellen auch ihrerseits auf die Verhinderung der staatlichen Einheit Preußens verzichtet geleistet haben, in der richtigen Erkenntnis, daß für die Erhaltung Preußens in seinem alten Bestande nicht nur staatspolitische, sondern auch gewichtige wirtschaftliche Gründe sprechen, weil der preussische Osten und Westen auf den Austausch ihrer landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse angewiesen sind und der neuerkräftigere Westen zum finanziellen Ausgleich beitragen muß.

Nicht im Sinne von schädlichen Trennungsbewegungen sind aber die Bemühungen zu beurteilen, die auf die Befestigung einer unnützen Kleinstaaterei durch Abrundung und Zusammenlegung von geographisch und wirtschaftlich-politisch zusammengehörigen Gebieten abzielen. Hierbei ist Sachsen in erster Linie beteiligt, weil es in wirtschaftlicher Hinsicht zu den Zuschubgebieten gehört, sich also nicht aus eigenen Mitteln ausreichend ernähren kann und auf Grund der im Kriege gemachten Erfahrungen suchen muß, aus dieser bösen Lage herauszukommen. Die sächsische Landwirtschaft hat das Menschenmögliche getan, um ihre Leistungsfähigkeit auf das höchste Maß zu erhöhen. Im Jahre 1918 waren von der Gesamtfläche Sachsens von rund 15000 Quadratkilometern 69 v. H. landwirtschaftlich benutzt. Auch bezüglich der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe ergibt sich für Sachsen ein sehr günstiges Bild insofern, als die mittleren Betriebe vorherrschend sind und eine volkswirtschaftlich sehr vorteilhafte Gliederung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben vorhanden ist. Im Gegensatz zu der volkswirtschaftlich ungesunden Bauernbetriebswirtschaft in Pommern und Ostpreußen oder den landwirtschaftlichen Klein- und Zwergbetrieben in Süd- und Westdeutschland, die im wesentlichen nur der Selbstversorgung der Eigentümer zu genügen vermögen, Angehörig dieser bereits in Sachsen bestehenden vorzuziehlichen Verteilung des Grundbesitzes muß die Sozialreform des Bodens in unserer engeren Heimat mit besonderer Vorsicht angefaßt werden. Es wäre für die Ernährung Sachsens eine geradezu verhängnisvolle Maßregel, wenn die besonders leistungsfähigen mittleren Betriebe in lauter Zwergerwirtschaften, gegen die sich übrigens auch der bekannte sozialdemokratische Theoretiker Kautsky ausgesprochen hat, zerstückelt würden. Von bäuerlicher Seite wird daher in der demnächst zusammentretenden sächsischen Volkskammer mit allem Nachdruck darauf zu dringen sein, daß die sächsische Bauernschaft in ihrer bisherigen Gestalt, in der sie ihre größte Lebens- und Schöpfungskraft zu entfalten vermag, im wesentlichen erhalten bleibt.

Die Intensiv in Sachsen die Bearbeitung des Bodens für die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte betrieben wird, geht daraus hervor, daß Sachsen unter den größeren Bundesstaaten an erster Stelle steht; nach ihm kommt Preußen mit 65 v. H., Württemberg mit 63 v. H., Bayern mit 61 v. H. der Gesamtfläche. Da aber Sachsen im Laufe der letzten Jahrzehnte mehr und mehr aus eigenem Antriebevermögen herausgewachsen ist, eine Entwicklung, mit der eine außerordentliche Dichtigkeit der Bevölkerung auf einem verhältnismäßig kleinen Gebiet (390 Personen auf 1 Quadratkilometer) verbunden war, so ist es nach der Meinung

der volkswirtschaftlichen Sachleute ganz ausgeschlossen, in Sachsen allein so viel Bodenprodukte zu erzeugen, daß damit die Bevölkerung ohne Einfuhr von außen bei hinreichend ernähr werden könnte. Diesen Standpunkt vertritt auch der Verband sächsischer Industrieller in seiner schon mitgeteilten bemerkenswerten Entschließung zur Sicherung einer landwirtschaftlichen Grundlage Sachsens. Die Rundgebung sucht auf der Einsicht, daß die Existenz der sächsischen Volkswirtschaft künftig nicht in dem bisherigen bedeutenden Umfange auf die Erträge von Industrie, Handel und Verkehr gegründet werden kann, und daß daher eine Verbreiterung der landwirtschaftlichen Grundlage für unsere enger Heimat angebracht werden muß. Nach dem Entwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß war in Aussicht genommen worden, den sächsischen Teil der Provinz Sachsen mit Merseburg an Sachsen anzuschließen. Das wäre aber nur eine halbe Maßregel, da dann, wie die Rundgebung des Verbandes sächsischer Industrieller hervorhebt, gerade der industriereichere Teil der Provinz Sachsen und angrenzende Gebiete, womit dem sächsischen Interesse nicht gedient wäre. Wenn gründlich geholfen werden soll, muß die ganze 1815 abgetrennte Provinz Sachsen dem sächsischen Staate wieder angegliedert werden. Dadurch kämen rund 25000 Quadratkilometer mit 70 v. H. landwirtschaftlich benutzter Bodenfläche bei nicht übermäßig dichter Bevölkerung (118 Personen auf 1 Quadratkilometer) zu Sachsen hinzu. Das wäre keine Verhinderung Preußens, sondern lediglich Wiedergutmachung alten Unrechts. Es trifft durchaus an, wenn jetzt von sächsischer Seite darauf aufmerksam gemacht wird, daß das Vergehen Sachsens zu Napoleonscher Zeit am Ende doch auch nicht größer war, als das der übrigen Rheinbundstaaten, denen damals kein Gebiet genommen wurde. Noch weitergehende Vorschläge geben die Kurhannoverländer mit den thüringischen Staaten und Anhalt abzuschießen, kraft deren die Verwaltung dieser staatlichen Restgebilde auf Sachsen übertragen wird. Dann hätte man ein sowohl geographisch wie wirtschaftlich und handelsmäßig zusammengehöriges Gebiet, das die deutschen Mittelgebirge und das Stromgebiet der Elbe einschloße.

Bewußt derartige Pläne Aussicht auf praktische Verwirklichung haben, läßt sich zurzeit nicht sagen. Es liegt, daß die sächsische Regierung mit den thüringischen Staaten bereits Verhandlungen angeknüpft und auf die Merseburger Gegend ein Auge geworfen habe. Im Regierungsbesitz Merseburg ist es deswegen sogar schon zu Protestkundgebungen gekommen. Demgegenüber ist festzustellen, daß die sächsische Regierung bisher noch keinerlei Entschlüsse auf diesem Gebiete gefaßt und keine offiziellen Schritte in irgendwelcher Richtung unternommen hat. Sie beschränkt sich einstweilen darauf, alle Bestrebungen zur Bildung neuer Freistaaten mit lebhaftem Interesse zu verfolgen. Auch die sächsische Volkskammer wird sicher nicht verschelen, dieser für Sachsen so lebenswichtigen Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und eine gründliche Aussprache darüber herbeizuführen.

England und die Schadenersatzfrage.

London, 14. Febr. (Reuters). Im Unterhause erklärte Bonar Law auf eine Reihe von Fragen bezüglich der Restitutions der Kriegskosten, die britischen Delegierten seien ebenfalls angewiesen worden, eine Entschädigung zu fordern, die sowohl die Kriegskosten als auch den tatsächlich anrichteten Schaden umfasse.

250 Milliarden Schadenersatzforderungen.

Amsterdam, 14. Febr. (Eig. Drahtmelde). Wie aus Paris gemeldet wird, wurde auf der Friedenskonferenz jetzt auch die Schadenersatzfrage berührt. Die Verhandlungen stellen sich danach die Forderungen der Entente auf insgesamt 250 Milliarden Mark. Ursprünglich wollten die Alliierten einen höheren Betrag fordern, auf Vorschlag Amerikas seien jedoch dann weitestgehende Streichungen vorgenommen worden.

Der 25-Milliarden-Kredit.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 14. Februar.

Der Nationalversammlung ist jetzt die Vorlage über den bekannten 25-Milliarden-Kredit zugegangen. In der Begründung wird gesagt: Der dem Reichstag unterm 31. Oktober 1918 zugegangene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Restitutions eines dritten Reichstages zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 ist zu seiner verfassungsmäßigen Erledigung gelangt. Infolge des Nichtzustandekommens dieses Gesetzes, durch das der Reichsanwalt ermächtigt werden sollte, zum Bestreiten von einmaligen außerordentlichen Ausgaben aus Anlaß des Krieges die Summe von 15 Milliarden Mark im Wege des Kredits stiftung zu machen, trat bald darauf die Eröffnung der für das Rechnungsjahr 1918 zur Verfügung gestellten Kredite ein. In der dadurch geschaffenen Zwangslage sah die Reichsregierung sich nach einseitigen Ermöglichtungen anzuwenden, die Geldmittel, die erforderlich waren, um den Reichsorganismus lebendig zu erhalten, durch die Begebung von Reichsschulden zu beschaffen. Das Bestreiten dieses allein gangbaren Weges erfolgte von vornherein in dem Bewußtsein, daß dazu nach der Wiederherstellung von verfassungsmäßigen Zuständen nachträglich die Genehmigung eingeholen war.

In dem Gesetzentwurf haben auch Mittel zur Bewährung von Banknoten ausfinden zwecks Wiederbelebung der Neubanktätigkeit und der Herrichtung von Bankneubauten und neuen Wohnungen Berücksichtigung gefunden. Bei der außerordentlichen Dringlichkeit der Angelegenheit mußten auf den angeforderten Kredit Vorauszahlungen geleistet werden. Verwendung wird der Kredit bekanntlich in erster Linie zur Deckung der Demobilisierungskosten.

Neuwahl des Präsidenten der Nationalversammlung.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 14. Februar.

Die Sitzung begann mit Vahsen. Behrenbach fehrte auf den Präsidentenstuhl zurück und der Mehrheitssozialist Heinrich Schulz, der durch kulturpolitische Arbeiten bekannt geworden ist, wurde Vizepräsident. Die zweite Wahl hätte ganz gut durch Zufall erfolgen können, aber geschäftsmäßig ist das nur möglich, wenn sich kein Widerspruch erhebt. Natürlich widersprachen die Unabhängigen. Sie legten mit bewußter Bosheit ihre Obstruktionspolitik fort und erreichten damit heute so viel, daß noch einmal unangenehm sämtliche Namen aufgerufen und einige 300 Stimmzettel gezählt und sortiert werden mußten. So berief Graf Broddorf-Rankau zu erst 10 Uhr die Tribüne, ein Diplomat der Weltmannschen Schule. In er mühsamer Gleichmäßigkeit rinn der Fluß seines Vortrages dahin ohne jeglichen Akzent, nur ab und zu unterbrochen durch Zustimmungskundgebungen aus dem Hause. Im ganzen aber fällt die Rede, die doch an die lebenswichtigen Probleme des deutschen Volkes rührt, in den leeren Raum. Sie ist zweifellos stellenweise gut pointiert, bleibt aber trotzdem wirkungslos. Der Mann ist Diplomat, nicht Staatsmann, Staatsmänner aber haben wir nötig. Männer, die mit der bekannten halben Blase Zeit überwarde ins Amt kommen, denen man anmerkt, daß sie nicht nur sich einer Pflicht entziehen, sondern mit jeder Faser ihres Herzens an dem hängen, was sie sagen. Von Graf Broddorf-Rankau kann man all das nicht verlangen, dafür fehlt ihm das Organ, dafür ist er — heute noch — zu sehr Affenmensch, Burenkraut. Der kritische Zuhörer genießt seine kleine Ironie, als dieser Mann erklärt, mit der Burenkraut im Auswärtigen Amte werde nun aufgeräumt werden.

Der Führer der württembergischen Sozialdemokratie Keil spricht für die Reichssozialisten. Er verfährt über eine brühende Stimme und macht fast eine Stunde lang von ihr Gebrauch. Er hält eine der Agitationen, die von denen er offenbar noch vom Wahlkampf her ein reich sortiertes Lager besitzt. Keil bringt er nicht vor, läßt sich dafür aber die Gelegenheit nicht entgehen, die „Nunenspolitik“ noch einmal totzuschlagen und auch dem Militarismus ein auszuweisen. Interesse bietet im wesentlichen nur seine Polemik gegen den Wodgenossen Gröber.

Das Niveau hebt sich, als Graf Posadowski die Tribüne betritt. Der Siebzehnjährige spricht mit fast jugendlicher Lebendigkeit und tut die Sprache auf der ästhetischen Seite mit großer Eleganz ab. Er spricht von Deutschlands Leistungen auf sozialpolitischem Gebiete, von dem glänzenden Ausbau unserer Sozialpolitik, der gegenüber die Leistungen der anderen Staaten nur wie ein schwaches Plakat amuteiten. Die Unabhängigen widersprechen. Graf Posadowski bringt sie aber zur Ruhe durch das Renntis Wilsons. In seinen weiteren Ausführungen umschreibt er den großen Kreis der uns heute beschäftigenden politischen Probleme und urteilt, immer von höchster Würde aus: Warum haben wir den Krieg verloren? Nicht, weil unser Meer verlor, das unterlegen ist der härteren Technik der anderen, wir sind an inneren Schwierigkeiten zu Grunde gegangen. Wo die Gedanken aus einem leeren Maaren in ein schwaches Bild treten, da tritt leicht eine gewisse Verwirrung ein. Graf Posadowski kommt im weiteren auf die Soldatenräte zu sprechen und erwehnt in diesem Zusammenhang die Revolutionen zum ersten Male gefallen ist: „Freie Bahn für den Nationalsozialismus auf Ost und West!“ Die letzte Wurzel unserer Schmelzerei sei zu erkennen in der Abkehr der Bismarckischen Kontinentalpolitik, in der großen Kolonial- und Notwendigkeit mit unzureichenden Mitteln. Am Reime aber habe der allefäre Wille gefehlt. Man habe den Unterfieber-Krieg nicht in der rechten Weise geführt und es vor allem fehlen lassen in der rechten Erkenntnis dessen, worauf es ankommen sei. Graf Posadowski schließt mit seiner mehrheitlichen proarammatischen Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei, die den Beweis liefert, daß die rechte Seite des Landes entstanden ist, endlich aktive Politik zu treiben in einem sozialen Geiste. Die Rede des Grafen ist eine der besten vorlesenen und wirkungsvollsten gewesen, die bisher in der Nationalversammlung gehalten worden sind.

Der Verlauf der Sitzung.

An den Tischen der Reichsregierung: Scheidemann, Hoffe, Pabst, Witten, Graf Broddorf-Rankau, David, Gothein, Richard Schmidt u. a.

Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung.

Die Wahl wird durch Stimmzettel vollzogen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben A. Als drittes der Aufgerufenen gibt der Abgeordnete Behrenbach seinen Stimmzettel ab.

Vizepräsident Rankmann: Die Wahl hat folgendes Ergebnis: Abgeordnete sind 344 Stimmen, davon gültige Stimmen 302, weiche Stimmen 42; die absolute Mehrheit ist also 152. Erhalten haben Wgan, Behrenbach (Zent.) 295, Rankmann (Demokrat) 2, Dr. David (Soz.) 2, Bernack (Unabh.) 1, Dr. Spahn (S.) 1, Dr. Siresemann (D. Sp.) 1, Frau Jies (Unabh.) 1 Stimme. (Große Mehrheit.) Damit ist der

Abgeordnete Behrenbach zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt.

Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt. — Abg. Behrenbach: Ich nehme die Wahl an. — Vizepräsident